

Bfz 2/6 EA

***E*ntschie*ß*ungsantrag**

der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen,

betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in Österreich durch eine gerechte Unterhaltssicherung.

Eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 2 „Erklärung der Bundesregierung“.

Begründung

Obwohl sich alle der im Nationalrat vertretenen Fraktionen, im Wahlkampf im Rahmen einer Diskussionssendung im Fernsehen für eine rasche Umsetzung einer Unterhaltssicherung ausgesprochen haben, kommt diese im Regierungsprogramm nicht vor. Im Regierungsprogramm wird zwar wie folgt auf Höchstgrenzen eingegangen: „Im Unterhaltsvorschussgesetz sind bestehende Lücken zu prüfen und gegebenenfalls zu schließen. Rasche Weiterentwicklung und Evaluierung der Unterhaltshöchstgrenzen zur finanziellen Absicherung von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern.“ Es fehlen jedoch jegliche Ansätze betreffend einer Mindestabsicherung. Um hier nicht noch weitere Jahre durch Evaluierungen in Arbeitsgruppen zu vermeiden herrscht dringender Handlungsbedarf. Dies spiegelt auch die Einschätzung von Oberstaatsanwalt Dr. Peter Barth aus der Arbeitsgruppe „Reformüberlegungen zum Kindesunterhaltsrecht“ wieder, der beim Meeting am 14. Juni diesen Jahres von einer Schließung der Lücken in frühestens 3 Jahren ausgeht.

Um dem Versprechen, welches den Wählerinnen und Wählern gegeben wurde auch einzuhalten und den 42% der Alleinerziehenden und ihren Kindern die armutsgefährdet sind helfen zu können, ist es notwendig für eine Unterhaltssicherung zu sorgen und rasch erste Maßnahmen einzuleiten.

Da Alleinerziehende finanziell deutlich höher belastet sind als Zwei-Eltern-Haushalte und auch der im Regierungsprogramm vorgesehene Familienbonus aufgrund seiner Umsetzung über das Steuersystem Alleinerziehende weiter benachteiligt, ist es notwendig, eine Absicherung im Falle von nicht oder nicht ausreichend erbrachten Unterhaltsleistungen im Rahmen einer Unterhaltssicherung zu schaffen um Kinderarmut effektiv vorbeugen zu können.

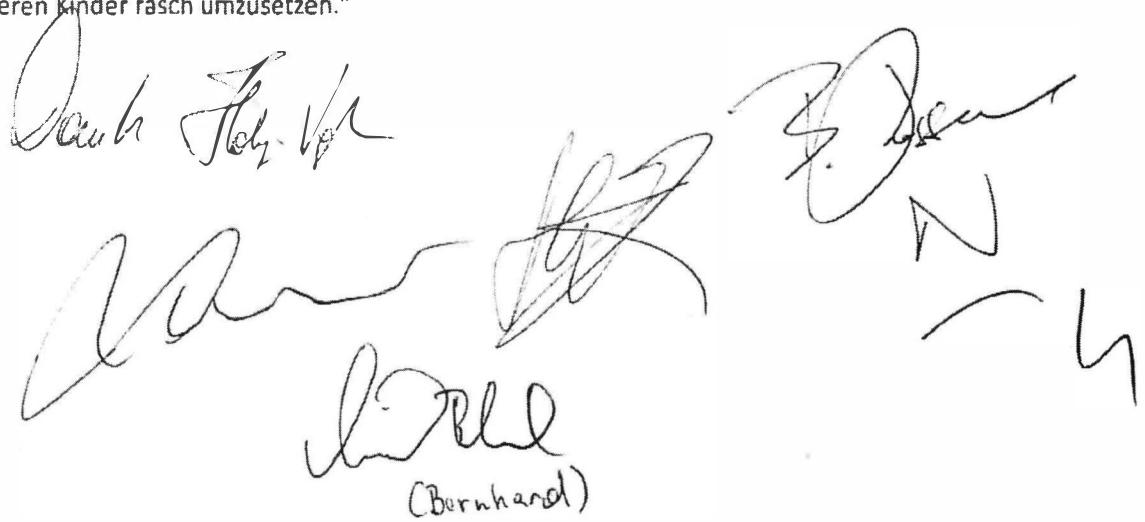
Zur Armutsbekämpfung soll Alleinerziehenden daher eine staatliche Unterhaltssicherung gebühren, die den Unterhalt bis zum Ende der Ausbildung sichert. Damit wird sichergestellt, dass mangelnde Unterhaltsleistungen nicht zu einer Schlechterstellung von Ein-Eltern-Haushalten führen. In einem reichen Land wie Österreich darf Kinderarmut keinen Platz haben.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert eine nachhaltige Unterhaltssicherung für Alleinerziehende und deren Kinder rasch umzusetzen.“



The image shows four handwritten signatures in black ink. From top left to bottom right: 1) A signature that appears to read "Dank Flory". 2) A signature that appears to read "Hans". 3) A signature that appears to read "B. Dorn". 4) A signature that appears to read "W. H. Schmid". Below the "Hans" signature, the name "(Bernhard)" is written in parentheses.

